

# FREIBERUFLER-TICKER vom 5. April 2024

## 1. BFB zu Brüsseler Bürokratieabbau

Am 31. März 2024 veröffentlichte „[Focus online](#)“ einen Beitrag, in dem weiterer Handlungsbedarf in puncto Bürokratieabbau beschrieben wird. Zu den dort präsenten kritischen Stimmen aus der Wirtschaft zählt auch der BFB. Zitiert wird aus den [BFB-Kurzpositionen](#) zur kommenden Europawahl. So nehme auch der BFB nach wie vor eine „überbordende Bürokratie“ wahr. In seinen Kurzpositionen fordert der BFB unter anderem, die Berichts- oder Meldepflichten für KMU und damit auch für die Freien Berufe signifikant zu senken.

## 2. Befragung des IfM Bonn zum Bürokratieabbau

Vier von zehn Unternehmerinnen und Unternehmern fühlen sich durch die aktuellen bürokratischen Vorgaben in ihrer unternehmerischen Eigenverantwortung eingeschränkt. Rund ein Viertel von ihnen hält es für wichtig, dass die unternehmerische Expertise stärker in die Gesetzgebungsprozesse einfließt, damit die Vorgaben besser an die Unternehmensrealitäten angepasst werden. Dies ist das Ergebnis einer Befragung des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn, die in der vergangenen Woche [veröffentlicht](#) wurde und bei der rund 850 Unternehmerinnen und Unternehmer mehr als 1.500 Vorschläge nannten, wie die Bürokratiebelastung reduziert werden kann. Gut jede dritte Unternehmerin beziehungsweise jeder dritte Unternehmer hält es für notwendig, dass die gesetzlichen Vorgaben vereinfacht und Genehmigungsverfahren in den Behörden schneller bearbeitet werden. Gerade im Hinblick auf das Steuerrecht, die Baugenehmigungsverfahren, die Datenschutz-Grundverordnung und das Lieferkettengesetz sehen sie dringenden Handlungsbedarf. Ein wichtiger Aspekt beim geforderten Bürokratieabbau ist die Erfahrung, die die Unternehmerinnen und Unternehmer mit den zuständigen Behörden gemacht haben: Ist diese überwiegend (sehr) schlecht, wünschen sie sich mehr Vertrauen statt Kontrolle. Ist diese positiv, plädieren sie vorrangig für eine vereinfachte Gesetzgebung und schnellere Genehmigungsverfahren. Gleichwohl ist die Mehrheit aller Unternehmerinnen und Unternehmer bereit, ihre Expertise in den Bürokratieabbauprozess einzubringen. Auch der BFB hat die Thematik in einer [Umfrage](#) thematisiert: Im Schnitt wenden die befragten Freiberuflerinnen und Freiberufler 27 Prozent ihrer Wochenarbeitszeit für bürokratische Tätigkeiten auf, die nicht zu den Kernaspekten ihrer freiberuflichen Tätigkeit zählen. Aus Sicht der Befragten muss politisch insbesondere gegengesteuert werden, indem in den freiberuflichen Praxen, Kanzleien, Büros und Apotheken gerade die Ressource Zeit geschont wird, um davon mehr für Patientinnen, Mandanten, Klientinnen und Kunden zu haben.

## 3. Freie Berufe top: Ausländische Auszubildende in Deutschland

Im Datensystem Auszubildende (DAZUBI) des Bundesinstituts für Berufsbildung sind Ende März 2024 [zwei neue Zusatztabellen](#) zu [ausländischen Auszubildenden](#), ihren Nationalitäten und Ausbildungsberufen in der dualen Berufsausbildung (BBiG/HwO) erschienen. Unter den [25 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen](#) sind auch die von den Freien Berufe zu verantwortenden vertreten. Ausgewiesen wird der Anteil von ausländischen Auszubildenden an allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen im jeweiligen Beruf für 2022, der Durchschnitt liegt bei 11,7 Prozent. Die/der Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r nimmt mit 38,2 Prozent Platz eins ein. Die/der Medizinische/-r Fachangestellte/-r kommt mit 15,8 Prozent auf Rang zwei und die/der Steuerfachangestellte/-r mit 13,4 Prozent auf Platz 16. Ausgewiesen werden auch die Frauenanteile. Sie liegen für die benannten Berufe bei 94,8 Prozent, 94,1 Prozent und 72,5 Prozent – der Durchschnitt liegt bei 36,4 Prozent. Gerade bei den Freien Berufen können junge Menschen als Auszubildende in Berufen, in denen sie viel mit Menschen zu tun haben, mit

einer zusätzlichen Sprache und ihrer interkulturellen Kompetenz punkten. Chancen, die ergriffen werden, wie auch dieser Wert zeigt: Die Freien Berufe bilden unter den Wirtschaftsbereichen mit 19,5 Prozent die meisten Auszubildenden mit ausländischen Wurzeln aus. Der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund dürfte um ein Vielfaches höher liegen.

#### **4. Anfängerzahl in Bildungsprogrammen zwischen Schule und Ausbildung**

2023 begannen in Deutschland rund 249.800 junge Menschen ein Bildungsprogramm im Übergangsbereich zwischen Schule und Berufsausbildung. Ziel dieser Programme ist der Erwerb beruflicher Grundkenntnisse oder das Nachholen eines Schulabschlusses. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) nach vorläufigen Ergebnissen der integrierten Ausbildungsberichterstattung am 21. März 2024 weiter [mitteilte](#), nahm die Anfängerzahl im Übergangsbereich gegenüber 2022 um vier Prozent oder 10.300 Personen zu. Sie stieg damit bereits im zweiten Jahr in Folge, nachdem sie von 2017 bis 2021 rückläufig gewesen war. Der erneute Zuwachs dürfte laut Destatis wie bereits 2022 (plus sieben Prozent gegenüber 2021) vorrangig auf ukrainische Jugendliche zurückzuführen sein, die infolge des russischen Angriffskriegs zuwanderten und ein Programm zum Erlernen der deutschen Sprache aufnahmen. So stieg die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer, die 2023 ein Bildungsprogramm im Übergangsbereich anfangen, gegenüber 2022 um neun Prozent oder 7.600 Personen auf insgesamt 94.400. Neben dem Übergangsbereich zwischen Schule und Ausbildung werden in der integrierten Ausbildungsberichterstattung laut Destatis auch die Anfängerzahlen in Bildungsgängen dreier weiterer Sektoren nachgewiesen: Berufsausbildung, Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung und Studium. 2023 nahmen gut 1,8 Millionen Personen einen Bildungsgang in einem dieser insgesamt vier Sektoren auf. Das waren 0,2 Prozent oder 3.100 Personen mehr als 2022.

#### **5. Bundesmittel im Digitalpakt Schule**

Der Mittelabfluss beim sogenannten „Digitalpakt Schule“ beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2023 rund 1,88 Milliarden Euro. Das teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([20/10608](#)) auf eine Kleine Anfrage mit. Hierüber berichtete der Deutsche Bundestag in der vergangenen Woche. Dazu kommen weitere etwa 1,14 Milliarden Euro aus den Zusatzvereinbarungen „Sofortausstattungsprogramm“ (500 Millionen Euro), „Administration“ (160 Millionen Euro) und „Leihgeräte für Lehrkräfte“ (480 Millionen Euro). Die Fragesteller hatten sich außerdem über die Höhe der gebundenen Mittel für bereits bewilligte Projekte im Rahmen des Digitalpakts Schule erkundigt. Diese betragen laut Bundesregierung Ende 2023 rund 4,76 Milliarden Euro beim Basis-Digitalpakt Schule sowie 290 Millionen Euro bei der Zusatzvereinbarung „Administration“.

#### **6. Studierende unter 18 Jahren**

Im Wintersemester 2022/23 waren rund 3.800 der insgesamt gut 2,9 Millionen Studierenden an deutschen Hochschulen unter 18 Jahre alt. Wie das Statistische Bundesamt am 2. April 2024 [mitteilte](#), hatten die minderjährigen Studierenden damit einen Anteil von 0,13 Prozent an allen Studierenden. Wegen der seit 2011 ausgesetzten Wehrpflicht und der Einführung des verkürzten Abiturs in vielen Bundesländern war die Zahl der minderjährigen Studierenden zuletzt allerdings deutlich höher als zehn Jahre zuvor: Im Wintersemester 2012/13 waren 2.100 Studierende jünger als 18 Jahre (0,08 Prozent der Studierenden). Nach einem zunächst deutlichen Anstieg auf 4.800 Studierende im Wintersemester 2018/19 ging deren Zahl in den letzten drei Jahren wieder zurück.

## 7. Deutschland unter den drei beliebtesten Studienstandorten weltweit

Das Bundeskabinett beschloss Mitte vergangener Woche den [Nationalen Bericht](#) von Kultusministerkonferenz und Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses 2021 – 2024. Deutschland liegt erstmals als dritt wichtigstes Gastland internationaler Studierender vor Australien, hinter den USA und dem Vereinigten Königreich. „Deutschland ist mit einer weit fortgeschrittenen Internationalisierung seiner Hochschulen sehr gut aufgestellt“, so Bettina Stark-Watzinger MdB (FDP), Bundesministerin für Bildung und Forschung, angesichts der Ergebnisse des Berichts. Die Stärkung europäischer Hochschulkooperationen im Bologna-Raum sei vor dem Hintergrund der globalen Veränderungen wichtiger denn je. Das Studienangebot ist überwiegend von international vergleichbaren Bachelor- und Masterstudiengängen geprägt. Ein leichter Rückgang deutscher Studienanfängerinnen und Studienanfänger wird durch einen verstärkten Zuzug ausländischer Studierender kompensiert.

## 8. Elterngeld 2023

Rund 1,8 Millionen Frauen und Männer in Deutschland erhielten 2023 Elterngeld. Das waren 79.500 oder 4,3 Prozent weniger als 2022. Wie das Statistische Bundesamt am 27. März 2024 weiter [mitteilte](#), ging die Zahl der Männer mit Elterngeldbezug im Vorjahresvergleich um 20.000 oder 4,1 Prozent auf 462.000 zurück, während die Zahl der leistungsbeziehenden Frauen um 59.600 oder 4,4 Prozent auf 1,3 Millionen sank. 614.000 Bezieherinnen und Bezieher von Elterngeld planten 2023 die Inanspruchnahme von Elterngeld Plus, und zwar 40,9 Prozent der berechtigten Mütter und 17,7 Prozent der berechtigten Väter. Insgesamt betrug der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Elterngeld, die bei ihrem Elterngeldbezug zumindest anteilig auch Elterngeld Plus einplanten, 34,8 Prozent (2022: 32,8 Prozent). Seit seiner Einführung wird das Elterngeld Plus somit immer stärker nachgefragt. Zum Vergleich: 2016, im ersten Jahr nach seiner Einführung, entschieden sich 20,1 Prozent der Mütter und 8,2 Prozent der Väter für Elterngeld Plus. Erstmals seit der Einführung der Statistik wurden Zahlen zu den alleinerziehenden Elterngeldbeziehenden veröffentlicht. Demnach waren 2023 unter den 1,8 Millionen Müttern und Vätern, die Elterngeld erhalten haben, rund 50.400 Personen alleinerziehend. 49.300 oder 97,8 Prozent davon waren Frauen. Die durchschnittliche Dauer des geplanten Elterngeldbezugs lag bei den Frauen bei 14,8 Monaten und stieg damit weiter an (2021 und 2022: 14,6 Monate, 2020: 14,5 Monate, 2019: 14,3 Monate). Die von Männern angestrebte Bezugsdauer war mit durchschnittlich 3,7 Monaten dagegen deutlich kürzer. Die geplanten Bezugsdauern der Väter blieben in den vergangenen Jahren praktisch konstant (2022: 3,6 Monate; 2019 bis 2021: 3,7 Monate).

## 9. Erwerbstätigkeit vermessen

Gut drei Viertel (76 Prozent) der Personen im Haupterwerbsalter von 25 bis 64 Jahren in Deutschland finanzierten ihren Lebensunterhalt 2023 überwiegend durch ihre eigene Erwerbstätigkeit. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) anlässlich der [Veröffentlichung](#) der Erstergebnisse des Mikrozensus 2023 am 2. April 2024 mitteilte, waren dies 34,5 Millionen Personen. Für acht Prozent der Personen in dieser Altersgruppe war die Unterstützung durch Angehörige (etwa im Haushalt lebende/r Partner/in) die Haupteinkommensquelle, sechs Prozent finanzierten sich überwiegend durch Arbeitslosengeld I oder Bürgergeld. Weitere fünf Prozent bezogen Renten oder Pensionen, ein Prozent Elterngeld und drei Prozent sonstige Unterstützungsleistungen (etwa Sozialhilfe oder Krankengeld). Jede hundertste Person (ein Prozent) von 25 bis 64 Jahren finanzierte sich überwiegend aus dem eigenen Vermögen, Kapitalerträgen oder Einkünften aus Vermietung und Verpachtung.

## 10. Arbeitskosten im EU-Vergleich

Laut einer [Mitteilung](#) des statistischen Amts der Europäischen Union (EU) aus der vergangenen Woche betragen die durchschnittlichen Arbeitskosten pro Stunde 2023 in der gesamten Wirtschaft rund 31,80 Euro, 2022 waren es 30,20 Euro. Es bestehen Unterschiede zwischen den EU-Ländern: Die niedrigsten Arbeitskosten verzeichnen Bulgarien (9,30 Euro), Rumänien (11 Euro) und Ungarn (12,80 Euro), die höchsten Luxemburg (53,90 Euro), Dänemark (48,10 Euro) und Belgien (47,10 Euro). Der Wert für Deutschland betrug 41,30 Euro. Die durchschnittlichen Arbeitskosten pro Stunde in der EU lagen in der Industrie bei 32,20 Euro, im Baugewerbe bei 28,50 Euro und im Dienstleistungssektor bei 31,80 Euro.

## 11. Gründungsfinanzierung aus ERP-Mitteln erweitert

Die Bundesregierung erweitert die Fördermöglichkeiten für gemeinwohlorientierte Unternehmen. Sie sollen jetzt auch von den Mitteln des sogenannten ERP-Vermögens profitieren können. Das Bundeskabinett erweiterte dementsprechend den Anwendungsbereich des ERP-Wirtschaftsplangesetzes 2024 (ERP-Wirtschaftsplangesetz-2024-Erweiterungsverordnung) und verabschiedete dazu in der vergangenen Woche den Entwurf einer Rechtsverordnung. Das ERP-Wirtschaftsplangesetz soll damit auch für die Gründungsfinanzierung aller gemeinwohlorientierten kleinen und mittleren Unternehmen gelten. Damit setzt die Bundesregierung die Nationale Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen weiter um. Sie sieht bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen im fairen Wettbewerb vor; konkret soll der Kreditzugang gemeinwohlorientierter Unternehmen zu Förderkreditprogrammen der KfW verbessert werden. Darüber [informierte](#) das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in der vergangenen Woche.

## 12. KfW Award Gründen gestartet

Ab sofort können Bewerbungen für den [KfW Award Gründen](#) eingereicht werden. Damit zeichnet die KfW jährlich Unternehmen aus ganz Deutschland aus, die innovative Ideen umsetzen oder in der Art der Unternehmensführung neue Wege gehen. Teilnahmeberechtigt sind Firmen aller Branchen ab Gründungsjahr 2019 mit Sitz in Deutschland. Auch Unternehmen, die im Rahmen einer Nachfolge übernommen wurden, können sich bewerben. Besonders motiviert werden sollen vor allem auch junge Gründerinnen und Gründer. Die Online-Bewerbung ist bis zum 1. Juli 2024 möglich. Aus jedem Bundesland wird ein Unternehmen prämiert und erhält ein Preisgeld von jeweils 1.000 Euro. Die auf Landesebene ausgezeichneten Unternehmen konkurrieren um den Bundessieg, der mit weiteren 9.000 Euro Preisgeld dotiert ist. Zusätzlich wird ein Sonderpreis in Höhe von 5.000 Euro an ein Unternehmen vergeben, das die Jury besonders beeindruckt hat. Im Anschluss an den Wettbewerb wird in einem Online-Voting ein Publikumspreis ermittelt, der ebenfalls mit 5.000 Euro dotiert ist. Zudem verleiht KfW Capital, die für das Geschäft mit Wachstumskapital zuständige Tochtergesellschaft der KfW, den KfW Capital Award. Dieser wird in den Kategorien „Best Female Investor“ und „Best Impact Investor“ vergeben und ist mit jeweils 5.000 Euro verbunden. Alle Preisträgerinnen und Preisträger werden am 7. November 2024 bei einer feierlichen Veranstaltung in Berlin ausgezeichnet.

## 13. Deutscher Arbeitsschutzpreis 2025

Am 8. April 2024 startet die Bewerbungsphase für den Deutschen Arbeitsschutzpreis (DASP) 2025. Über die branchenübergreifende Auszeichnung für vorbildliche strategische, betriebliche, kulturelle und persönliche Lösungen rund um Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten [informierte](#) das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit Meldung vom 2. April 2024. Der DASP ist mit einem Preisgeld in Höhe von jeweils 10.000 Euro in vier Kategorien

dotiert. In Deutschland ansässige Unternehmen aller Größen und Branchen sowie Einzelpersonen können sich bis zum 30. Juni 2024 bewerben. Die Einreichungen werden von einer unabhängigen Jury aus Wirtschaft, Politik, Verbänden und Wissenschaft geprüft, zwölf Konzepte werden für eine Auszeichnung nominiert. Insbesondere Kleinst- und Kleinunternehmen werden aufgefordert, ihre Beiträge beim Deutschen Arbeitsschutzpreis einzureichen. Der Preis ist eine Initiative der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie als Plattform zur Stärkung des betrieblichen Arbeitsschutzes in Deutschland. Die Verleihung findet im Februar 2025 in Berlin statt. Zur Bewerbung gelangen Sie [hier](#). (jk)



The image features a blue background with a blurred photo of hands using a laptop and smartphone. Overlaid on the photo are several social media icons in blue speech bubbles: a star with '17', a heart with '17', a bell with '35', a person icon with '15', and a speech bubble with '26'. In the top left corner, the BFB logo is present with the text 'Bundesverband der Freien Berufe e.V.'. Below the photo, the text 'Folgen Sie uns auf LinkedIn!' is written in large white font. Underneath that, '@Bundesverband der Freien Berufe' is written in a smaller white font. To the right of the text is a QR code.



The graphic has a colorful, abstract background of yellow, orange, and red splatters. On the right side, the BFB logo is displayed with the text 'Bundesverband der Freien Berufe e.V.'. Below the logo, a black horizontal bar contains the slogan 'DEMOKRATIE HAT KEINE ALTERNATIVE.' in white, bold, uppercase letters. The word 'KEINE' is highlighted in orange.